

Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **31 (1951-1952)**

Heft 2

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

STIMMEN DER WELTPRESSE

Mit zwei Artikeln vom 11. November 1950 und 15./16. Januar 1951 unter den Titeln «*Jugoslawien und der Katholizismus*» und «*Interviews in Jugoslawien*» beleuchtete das öffentliche Sprachrohr des Vatikans, der «*Osservatore Romano*», die Stellung Jugoslawiens zur katholischen Kirche und dem Vatikan.

Im ersten Artikel heißt es u. a.: «Von Zeit zu Zeit erscheinen in der Weltpresse Berichte und Meldungen, nach denen Jugoslawien im Zuge der Änderung seiner Politik auch seine Einstellung gegenüber der Kirche und besonders dem Katholizismus revidieren würde». Ausgangspunkt einer neuen Kirchenpolitik seien die zahlreichen Stimmen, wonach Msgr. Stepinac, der bekanntlich eine mehrjährige Kerkerstrafe in Jugoslawien abbüßt, bald befreit werden solle; allerdings unter der Bedingung, das Land sofort zu verlassen.

Der Verfasser beider Artikel führt als Gegenbeweis für eine Revision der jugoslawischen Kirchenpolitik zahlreiche gehässige Berichte mehrerer Zeitungen und Zeitschriften über das vergangene Heilige Jahr auf. Den Höhepunkt dieser Angriffe bildet die Feststellung der in Zagreb erscheinenden Zeitung «*Vjesnek*» vom 7. Oktober, die ihre Wut gegen Pius X. ausläßt. Nach ihrer Ansicht wäre die baldige Seligsprechung dieses Papstes eine Provokation gegenüber Jugoslawien, da Pius X. den Dreibund unterstützt habe, und somit nicht nur ein Feind Serbiens, sondern außerdem einer der Hauptschuldigen des ersten Weltkrieges sei.

Der zweite Artikel behandelt eingehend die verschiedenen Interviews Titos mit amerikanischen und englischen Agenturen und Zeitungen über eine eventuelle Freilassung Stepinacs. Nach Ansicht des «*Osservatore Romano*» habe sich der Marschall so häufig in seinen Interviews widersprochen, daß man ihnen keinerlei Bedeutung zumessen dürfe.

Zusammenfassend stellt der «*Osservatore Romano*» fest: «Alle angeführten Beispiele beweisen, daß sich in der Haltung Jugoslawiens gegenüber der Religion nichts geändert hat. Diese Regierung kann in gewissen Einzelheiten von der Politik der Kominform und Sowjetrußlands abweichen. Aber die «*militante*» Treue für die materialistische und antireligiöse Weltanschauung bleibt unverändert und fest».

«*How strong are the Communists?*», fragt der Londoner «*Economist*» vom 17. März. Die Stärke des Kommunismus in England kann man nicht nach Dockarbeiterstreiks, nach Protestversammlungen gegen die Atombombe beurteilen. Die verborgenen Kommunisten in hohen Positionen bilden keine Gefahr für die innere Sicherheit, solange die Arbeiterschaft davon unberührt bleibt. Der beste Maßstab für die Beurteilung der Stärke des Kommunismus ist die Unterstützung, welche die kommunistische Politik durch die Arbeiter erfährt — und nicht die Seelenfängerei der Intellektuellen. Die Enthüllungen ehemaliger Kommunisten haben gezeigt, daß die kommunistischen Anstrengungen auf eine Kontrolle der Gewerkschaften gerichtet sind. Es ist schwierig, den Erfolg dieser Bemühungen zu ermessen. Die englische kommunistische Partei zählt nominell 40 000 Mitglieder. Mehrere Millionen haben den «*Friedensaufruf*» unterzeichnet. Es ist aber anzunehmen, daß die wenigsten den wahren Inhalt des Dokumentes gekannt haben. Ein Prozent der gesamten werktätigen Bevölkerung ist im Jahre 1950 in Streiks verwickelt gewesen. Dabei sind aber nicht einmal alle Streitigkeiten von Kommunisten dirigiert worden.

Wegen ihrer traditionellen Abneigung, die Lohnforderungen mit der Politik zu vermengen, lehnen es die Gewerkschaften ab, den Streik als politische Waffe zu gebrauchen. Die Kommunisten müßten also eine militante Aktivität entfachen,

sie müßten Verbitterung über Löhne und Arbeitsbedingungen erreichen, bevor sie die Mehrheit der Arbeiter dazu überreden könnten, den Kommunismus zu unterstützen. Und auch dann noch müßten sie befürchten, daß diese Verbitterung von den offiziellen Gewerkschaften aufgefangen und auf normalem Wege erledigt würde.

Bei den Arbeitern herrscht jedoch eine weitgehende Unkenntnis über den tatsächlichen Charakter einer Diktatur; sie glauben vielfach, daß sie selbst unter russischer Herrschaft nichts zu fürchten hätten und daß es die Mittelklasse sei, die zu leiden hätte. Weshalb sollten daher die Arbeiter die Wiederaufrüstung unterstützen? — So argumentiert man. Beharrlich wird nicht den offiziellen Verlautbarungen über russische Vorbereitungen, sondern den wenigen Gewerkschaftsdelegationen geglaubt, die während der vergangenen Monate begleitete Reisen in die UdSSR unternahmen konnten und welche die Friedensanstrengungen der Sowjetarbeiter preisen. «Es mag sein, daß die wahre Stärke des Kommunismus leicht unterschätzt werden kann», schließt der «Economist». Aber zweifellos ist sein aktiver Einfluß auf eine kleine Minorität beschränkt und hat während der letzten 18 Monate noch abgenommen.

Die sechs Phasen der *chinesischen Revolution* untersucht ein Beitrag des «*International Journal*», Toronto, Nr. 1, Winter 1950/51, unter der Überschrift «*The Chinese Revolution and Asia*». Der Verfasser Robert C. North führt die Entwicklung des chinesischen Kommunismus auf die Thesen Lenins zurück, daß der Kommunismus in China aus den Interessengegensätzen der imperialistischen Mächte Kapital schlagen und gleichzeitig alle nationalistischen Mächte um sich sammeln müsse. Diese «Lehrsätze», auf der Einsicht beruhend, daß der Klassenkampf in einem halbkolonialen Lande ohne eigentliche Bourgeoisie und ein politisch geschultes Proletariat kein Kampfinstrument sein könne, erklären das Revolutionschema, nach welchem die chinesische Entwicklung seit 1923 verlaufen ist: «Bildung einer Einheitsfront mit allen Gruppen, die zum Kampf gegen den Imperialismus bereit sind, Aufstellung einer Bauernarmee, Errichtung von Volksrepubliken und schrittweise Verdrängung aller nicht-kommunistischen Elemente». Durch ihre Parolen einer Verteidigung der Rechte des kleinen Mannes und der Sache der Unterdrückten im Kampf um die Vertreibung der westlichen Imperialisten haben sich die chinesischen Kommunisten auch viele Anhänger in nicht ausgesprochen kommunistischen Kreisen gewonnen. Sie kommen damit den Intentionen des allchinesischen Nationalismus entgegen, dessen Bedeutung für die Beurteilung der gegenwärtigen Situation in China vom Westen nicht genügend berücksichtigt wird.

Auf die Fehler des Westens in der Behandlung der Chinesen und ihres Nationalgefühls weist «*The Twentieth Century*», London, in seinem Märzheft hin. Die Chinesen hingen jahrtausendlang einer politischen Kosmologie an, für die die Welt in Chinesen und Barbaren zerfiel, und innerhalb der den Barbaren selbstverständlich die Pflicht zufiel, ihre Untertänigkeit zu beweisen. Als die westlichen Völker im beginnenden 19. Jahrhundert mit militärischer Gewalt das «Reich der Mitte» niederzwingen und tiefgreifende Veränderungen bewirkten, begegneten ihnen die Chinesen mit schroffer Ablehnung. Auch der moderne Chinese, einerlei ob liberaler Demokrat oder Marxist, der wohl für eine Assimilierung des Westens aufgeschlossen ist, empfindet die gleiche Mißachtung für den Westen wie seine Vorfahren. Er fühlt sich als ein geknechtetes Opfer westlicher Unterdrückung und als Märtyrer der Völker. Der kriegerische Charakter des chinesischen Volkes wird die aggressive Politik der Chinesen in Zukunft nur noch unterstützen. Es fragt sich nur, ob China seine neugewonnene Macht auf friedlichem Wege verstärken will oder im Kielwasser Moskaus zur Gewaltanwendung und bewaffneter Expansion übergehen wird. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges war China einer westlichen Annäherung durchaus aufgeschlossen. Die Westmächte hatten jedoch diese

Gelegenheit verpaßt, als sie die Abmachungen von Jalta durchsetzten und die sowjetischen Annexionen einspruchslos unterstützten und die Kuomintang-Regierung politisch beschränkten. Mit dem Siege des Kommunismus in China wurde die Außenpolitik auf einen sowjetischen Kurs umgestellt und die bisherigen Erfolge der «Volksrepublik» — Korea, Anerkennung der Regierung — lassen das kommunistische Regime für viele Chinesen «als die unüberwindliche Wahrerin der Rechte Chinas» erscheinen. «Die Gefahr ist groß, daß der überwältigende Erfolg dem chinesischen Volk und seinen Beherrschern allzu sehr in den Kopf steigt und sie in nächster Zukunft zu weiteren gewagten Abenteuern verführt, die den Frieden der Welt noch mehr gefährden müssen».

Die Kommunisten sind jedoch scheinbar gewillt, das Rad des Terrors zu überdrehen und so bleiben schon jetzt die innerchinesischen Spannungen nicht aus, auf die der Londoner «*Economist*» vom 3. März hinweist. Anfänglich legten sich die Kommunisten in den «befreiten Gebieten» Mäßigung auf. Am 19. Februar erließ indessen der Zentralrat der Chinesischen Volksregierung eine Verordnung, die die Todesstrafe für alle vorsieht, die «mit dem Imperialismus gegen ihr Vaterland zusammenarbeiten und die den Anordnungen der Regierung aktiven Widerstand entgegensetzen». Diese Ausdehnung der Todesstrafe läßt auf eine gespannte innerpolitische Lage schließen, was die Meldungen bestätigen, die aus den verschiedensten Gebieten des Landes von aktivem Widerstand und Sabotageakten berichten. Der «*Economist*» schließt, daß «die nationale Solidarität Chinas infolge der unerträglichen Belastung durch den Krieg gegen die Vereinten Nationen bereits deutliche Risse zeigt».

Die in Zürich erscheinenden katholischen Blätter für weltanschauliche Information «*Orientierung*» greifen in ihrer Ausgabe vom 28. Februar unter dem Titel «*Der Angriff des Elends von Osten*» eines der ernstesten, aber wenig beachteten Probleme der deutschen Bundesrepublik auf: die wachsende Zahl der Vertriebenen und die Aufgaben, vor die Westdeutschland durch diesen Elendsstrom gestellt wird. Die Gesamtzahl der Vertriebenen, die tagtäglich zunimmt, umfaßt augenblicklich 7,8 Millionen Menschen, die eine Wohnung haben und in den Arbeitsprozeß sinnvoll eingegliedert werden wollen. Das Blatt sieht in der langsamen Überschwemmung des Westens mit Flüchtlingen einen Angriff des Ostens, den man für gefährlicher halten kann als einen Krieg mit Blut und Eisen.

Wohl ist es der Bundesrepublik bisher gelungen, alle Flüchtlinge aufzunehmen, ihnen auf dem Lande eine Unterkunftsmöglichkeit zu verschaffen; damit ist jedoch die Zukunft dieser heimatlosen Menschen noch nicht geklärt. Es ist vorgesehen, im laufenden Jahr 300 000 neue Wohnungen zu erstellen mit einem Kostenaufwand von 750 Mill. DM; zur Verfügung stehen jedoch nur 100 Mill. DM. Insgesamt fehlen etwa 5 Millionen Wohnungen, und es wird etwa 15 bis 20 Jahre dauern, bis bei einer ungestörten Entwicklung jede Familie ein eigenes Heim haben wird. Dabei zeigen sich bereits heute finanzielle Schwierigkeiten, da sich die Besetzungskosten für 1950/51 auf 6 Milliarden DM erhöht haben. Es ist begrüßenswert, daß sich im Ausland Fachleute dieser Probleme angenommen haben, die nicht nur finanzieller, sondern auch soziologischer und psychologischer Natur sind und die den verwundbarsten Punkt der deutschen Bundesrepublik und letztlich auch Westeuropas berühren.